



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



13.09.2012

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Karlsruhe billigt ESM unter Auflagen

Schlag auf Schlag folgte diesen Mittwoch ein wichtiges Ereignis dem anderen: die Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Fiskalpakt, die Vorstellung des neuen Kommissionsvorschlages zur Bankenaufsicht, Barrosos Rede zur Lage der Union (mehr dazu unten). Das Urteil der Verfassungshüter dürfte wohl verbreitet mit Erleichterung aufgenommen worden sein: Die Richter urteilten, die deutsche Beteiligung am "permanenten Rettungsschirm" ESM und am Fiskalpakt sei mit dem Grundgesetz vereinbar, allerdings müsse jede Ausweitung der deutschen Haftungsobergrenze von derzeit 190 Mrd. Euro vorher vom Bundestag genehmigt werden. Die beiden Verträge können nun zügig in Kraft treten und damit für mehr Stabilität und Haushaltsdisziplin im gemeinsamen Wäh-

rungsraum sorgen. Eine, wie ich finde, verantwortungsbewusste und kluge Entscheidung. Die Richter haben deutlich gemacht, dass die Zukunft der europäischen Einigung eine politische Herausforderung ist, auf die dementsprechend nicht die Justiz, sondern die Politik Antworten finden muss.

Entwurf für europäische Bankenaufsicht

EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier hat den Entwurf eines Gesetzespakets zur europäischen Bankenaufsicht vorgestellt. Er sieht vor, dass die Aufsicht über alle rund 6100 Banken im Euroraum in Zukunft bei der Europäischen Zentralbank (EZB) gebündelt wird. Dabei soll sie in der alltäglichen Arbeit sowie in der Umsetzung von Beschlüssen weiterhin von den nationalen Behörden, wie zum Beispiel der BaFin, der deutschen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unterstützt werden. Das grundsätzlich sinnvolle Vorhaben birgt noch zahlreiche Schwächen: So ist gerade für Deutschland, das – wegen der zahlreichen kleineren

Sparkassen und Genossenschaftsbanken – mit über 1800 Instituten die mit Abstand höchste Zahl an Banken in Euroland (1/3) hat, problematisch, dass alle Geldhäuser über einen Kamm geschert werden sollen. Kleine Geschäftsbanken könnten nämlich überfordert sein, wenn sie die gleichen Berichtspflichten gegenüber der EZB erfüllen müssten wie die großen Finanzkonzerne. Zudem besitzt die EZB bisher weder Personal noch Erfahrung im Bereich der Finanzaufsicht. Schließlich drohen Interessenskonflikte innerhalb der EZB, die einerseits das Geld knapp halten muss, um Inflation zu verhindern, sich andererseits aber nun auch um die Liquidität der Banken sorgen soll. Also: Hier muss nachgebessert werden! Nach Vorstellung der Kommission soll die neue europäische Aufsicht bereits Anfang 2013 die Arbeit aufnehmen. Damit wenigstens theoretisch eine Chance besteht, diesen Zeitplan einzuhalten, schlägt die Kommission ein Gesetzgebungsverfahren vor, bei dem das Europaparlament nur angehört wird. Dagegen wer-

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



13.09.2012

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

den wir Abgeordnete uns wehren.

Barroso redet zur Lage der Union

In seiner traditionell nach der Sommerpause stattfindenden Rede zur Lage der Union hat Kommissionspräsident José Manuel Barroso den Zusammenhalt Europas in der Wirtschafts- und Finanzkrise beschworen. Er skizzierte die Vision einer tiefgehenden wirtschaftlichen Union auf der Basis einer föderalen politischen Struktur. Dem hielt das Parlament in der anschließenden Debatte entgegen, dass es nun vor allem darauf ankommt, Europa näher an die Bürger heranzuführen und die demokratischen Prozesse zu stärken.

Bessere Überwachung von Arzneimitteln

Die Nebenwirkungen von Medikamenten werden in der EU künftig besser überwacht. Das ist das Ergebnis der Einigung von Parlament und Rat auf eine neue Richtlinie, die jetzt das Plenum passiert hat. Künftig muss ein Pharmaunternehmen, das

in einem Mitgliedstaat Arzneimittel vom Markt nimmt, dafür Gründe angeben. Über die Europäische Arzneimittelagentur werden automatisch alle anderen Länder informiert. Falls Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden, greift auf europäischer Ebene ein automatisches Dringlichkeitsverfahren.

Parlament lehnt bezahlte Gewebespenden ab

Spenden von menschlichem Gewebe und Zellen sollten freiwillig, unbezahlt und meist anonym sein, fordert das Parlament in einer Entschließung. Zudem sollen die Mitgliedsländer ihre Zusammenarbeit verbessern.

EU-weite Rechte für Opfer von Straftaten

In der EU werden jährlich etwa 75 Mio. Menschen Opfer eines Verbrechens. Das Parlament hat sich mit der Verabschiedung einer neuen Richtlinie nun für ihre Rechte eingesetzt. In Zukunft sollen überall in der EU die gleichen Mindeststandards gelten. In polizeilichen Vernehmungen und Gerichtsverhandlungen muss bei Bedarf

ein Dolmetscher zur Verfügung stehen. Opfer bekommen ein Recht auf Entschädigung. Vorgesehen sind außerdem Hilfsdienste wie psychologische Betreuung.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Zum Ende der Sommerpause haben wieder einige Wechsel in meinem Brüsseler Team stattgefunden: Philipp Stutz aus Crailsheim hat nach sechs Monaten sein Praktikum beendet. Er kehrt nach Tübingen zurück, um sein Politikstudium abzuschließen. Alles Gute dafür und herzlichen Dank für den tatkräftigen Einsatz! Neu dabei ist Stuart Smith, der im Rahmen eines Austauschprogramms bei mir hospitiert. Er studiert Rechnungswesen an der Furman University (South Carolina/USA).

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Diese Woche informierten sich rund 80 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Lorcher Gymnasiums Friedrich II. in Straßburg über meine parlamentarische Arbeit.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu